

Volksstimme Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ulstein: Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3606-3698, Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 60, Monatel 1,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Mich, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zeitung 15 Pfennig, Familien-Anzeigen nach Zählung, 29 Pfennig, keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Ausschnitt 15 Pf.] • Nr 38

SONNABEND, 23. JANUAR 1932

MORGEN-AUSGABE

Die These

Der französische Ministerpräsident hat in der neuen Erklärung, die er gestern vor der Kammer zur Reparationsfrage abgab, den Standpunkt seiner Regierung klar umgezeichnet und ihn ohne Umschweife dem von Reichsminister Brüning entworfenen Standpunkt entgegengehalten. Unklarheit kann es nicht mehr geben. Was könnte ein Vorteil sein, wenn endlich mutige, ihrer Verantwortung vor den kommenden Generationen bewusste Staatsmänner sich finden, die den Weg zueinander suchen. Doch dieser Weg scheint zu finden und nur langsam zu durchschreiten, das zeigt eben Laval's Rede. Aus der Gegenüberstellung der Thesen ergibt sich, daß im Augenblick von einer internationalen Konferenz eine Überwindung der Meinungsverschiedenheit noch nicht zu erwarten wäre. Mehr als eine Zusammenkunft wird dazu nötig sein.

Ein Uebererkenntnis über die Weltlöhne bleibt nach wie vor möglich und nötig. Mehr Brüning noch Laval erkennen die Notwendigkeit, mehr Brüning noch Laval haben sie unmöglich gemacht. Der Young-Plan, dessen Boden Frankreichs Ministerpräsident nicht zu verlassen wünscht, enthält selbst die Möglichkeiten, ihn veränderten Zeitläuften anzupassen, und Reichsminister Brüning hat immer wieder betont, daß bei allen Maßnahmen das Vertragsengagement darauf zu achten ist, wie die Weltwirtschaftliche Lage sich verändert und verbessert werden könnte. Entschlossene und weitläufige Staatsmanöver sind hier die Anlaufpunkte finden. Aber es geht darum dazu nicht nur Zeit, sondern auch Will, immer wieder gut. Es scheint, daß vor den Wahlen Laval diese Eigenschaften nicht zu zeigen beabsichtigt. Das Schwergewicht der Ereignisse wird da wohl nachfallen. Will man diese Ereignisse meistern, so kommt es nicht darauf an, Thesen aufzustellen und Standpunkte abzugrenzen — so richtig das als Vorbereitung sein mag — kommt darauf an, zu konstruktiven Lösungen vorzugehen. e. m.

Neue Laval-Erklärung

Nur ein Moratorium!

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 22. JANUAR

Bei der Kammerabstimmung blieb das **Rabatt-Laval mit 312 gegen 261 Stimmen in der Mehrheit. Die Mehrheit beträgt also 51 Stimmen.**

Im 146. Sitz nahm Laval in der Kammer das Wort zu seiner mit Spannung erwarteten Rede. Der größte Teil seiner Ausführungen bestand in einer genau fixierten außerparlamentarischen Erklärung, die Laval von einem Manuskript ablas. Neues und Positives hat der französische Ministerpräsident nicht vorgebracht, er hat sich darauf beschränkt, den Standpunkt Frankreichs in der Reparationsfrage und in der Arbeitslosigkeit noch einmal darzulegen.

Bei laudischer Schärfe hielt sich die Polemik Laval's von persönlichen Angriffen fern.

Laval ging zunächst auf die Friebeinstellung seines Vorgängers Laval im Außenministerium ein: „Beide habe ich stets um den Frieden bemüht, und auch Laval werde ein guter Arbeiter für die Sache des Friedens sein. Die Außenpolitik Frankreichs bleibe unverändert dieselbe. „Frankreich wird seine Rechte nicht aufgeben, die es auf Grund der Verträge besitzt, und wird sich keinen seiner Bestehenden vorziehen lassen.“ Laval teilte dann mit, daß der deutsche Reichsminister, dem Französischer in Berlin, François-Bonnet, bereits am 6. Januar eröffnet habe, daß die deutsche Regierung eine dauernde Reparations-

lösung fordere, und daß Deutschland nach Ansicht der deutschen Regierung wieder jetzt noch fähig in der Lage sein werde Reparationen zu zahlen. „Diese Auffassung ist für uns unannehmbar“, erklärte Laval, auch der Bericht der Godwin-Kommission in Basel rechtsetze die deutsche These in keiner Weise. Bei einer Neuregelung der Reparationen könne es sich nicht um eine neue Allgemeinregelung handeln, sondern nur ein **Moratorium** könne zur Erörterung gestellt werden. Auch in Basel habe man die Möglichkeit, daß Deutschland später wieder zahlungsfähig sein werde, anerkannt.

Auf der Grundlage gegenfeitiger Sicherheit

Laval wendet sich dann der Arbeitslosigkeit zu. Frankreich habe bereits in großem Maße abgerüstet, wie die öffentlich mitgeteilten Ziffern bezeugen. Die französische Arbeitslosigkeit liege offen vor aller Welt da. Frankreich lieg' auch jetzt noch zu einer weiteren Abrüstung bereit auf der Grundlage der Sicherheit. Diese Sicherheit aber könne nur bei gegenfeitiger Gewährleistung werden.

Starkem Laval unter Berufung des Saupin's Sachens als den mächtigsten Nachfolger Maginot's für Genf in Empfehlung gebracht und — unter nicht ganz so starkem Applaus auch dem selbstretenden Vorstehenden der französischen Arbeitslosenabteilung Paul-Boncour einige Elogen gemacht hatte, verließ er es noch einmal, daß Frankreichs Außenpolitik auf die Befriedigung Europas gerichtet sei. Um diese Politik noch auszuüben sich mit Erfolg zu verhoffen, lie aber für die Regierung nicht eine parlamentarische Mehrheit notwendig, sondern die Zustimmung der Parteien. Deshalb nicht Laval zum Schluß noch einmal an die Kammer und insbesondere an ihren Führer Serriot die Forderung, ihn jetzt von den internationalen Konferenzen durch eine Vertrauensumgebung zu führen. Serriot könnte als Regierungschef auch nicht anders handeln als es die jetzige Regierung tue, und in diesem Fall würde Laval Serriot die Gehaltszahl nicht verweigern. Die Abtaten sollten ebenso handeln.

„Mit dem Ruf „Nennen Sie Frankreich, nennen Sie dem Frieden!“ schließt der Ministerpräsident seine Rede.

Die Abgeordneten der Mitte und der Rechten erheben sich von ihren Plätzen, und Laval eine Ovation darzubringen. Die Linke schweigt.

Kritik eines jungen Radikalen

Der Erklärung Laval's ging in der Kammer eine ungewöhnlich mäßige Rede des jungen radikal-sozialistischen Abgeordneten Berger voran. Während am Schluß der getrigen Rede Brüning die radikal-sozialistische Partei des Serriot außerparlamentarisch vollkommen dem Regierungsschritt zugestimmt hatte, unterließ sich der fraktionensgenosse Berger die bisherige Außenpolitik der Regierung einer sehr scharfen Kritik. Berger fordert von der Regierung Realpolitik.

„Was aber ist heute die politische Realität? Die Hitler-Kritik, die Erklärung Brünings, das ist der Realismus! Die deutschen Wahlen sind bereit, den 600.000 Braunhemden, die Hitler folgen, freien Lauf zu lassen. Was aber hat das Vätertum ermöglicht? Die Wirtschaftskrise, die von der versäufelungsgeopolitischen Demagogie Mölgers ausgeht, wird sich. Aber wie ist diese Ausnutzung möglich geworden? Durch die Politik der Alliierten seit Versailles, die volle Ausführung der Friebeinstellung, nach denen Deutschland 132 Milliarden Goldmark zu zahlen hatte, eine Summe, die das Vermögen dieses Landes ausmacht — und die einseitige Abrüstung Deutschlands. Diese doppelte Inkonsequenz wird Deutschland jurid. Aber von uns würde sie für Frankreich annehmbar?“

Wohin scharten Polemiken mit Abgeordneten der Rechten (schlecht) Berger seine Rede, die nur von einem Teil seiner eigenen Parteifreunde mit Beifall aufgenommen wurde. Es folgt unter sehr geringer Beteiligung der Rechten ein langatmiger Vortrag des Abgeordneten der Rechten Gaultier, dann strömt alles in den Saal und auf die Tribünen, um Laval zu hören.

Nach dem Ministerpräsidenten'sen Wort nimmt der frühere Reichsminister Legeus das Wort, um Frankreichs

Der zweite Fünf-Jahres-Plan

„Wirtschaftliche Unabhängigkeit der Sowjetunion“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 22. JANUAR

Die Richtlinien für den zweiten Fünfjahresplan der Sowjet-Union, niedergelegt in mehreren Zyklen, sind von der Parteikonferenz angenommen und vom Polit-Büro als letzter entscheidende Instanz gebilligt worden.

Die ziffenmäßigen Angaben für einzelne Gebiete sind diesmal ziemlich allgemein gehalten — so nämlich das die Rohproduktion von heute 90 Millionen Tonnen jährlich bis zum Ende des zweiten Fünfjahresplans — also bis 1937 — auf 250 Millionen Tonnen jährlich gebracht werden sollte, oder, daß die Petroleumproduktion verdreifacht wird. Besonders wichtiger als die Zahlenangaben ist der theoretische Teil der Richtlinien.

Mehr noch als vom ersten Fünfjahresplan vertritt man sich vom zweiten Plan eine weitgehend propagandistische Wirkung. Die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern werden Aufbau und Entwicklung der Industrie in der Sowjet-Union nicht hinlänglich organisiert, und unter Nichtberücksichtigung der bekannten politischen Zusammenhänge wird die Weltwirtschaftskrise einfach als auszunehmende Folgeerscheinung des Kapitalismus erklärt. Wörtlich heißt es: „Das alles gibt der Sowjet-Union noch mehr Anziehungskraft für die Arbeiter aller Länder, so daß die revolutionäre Bedeutung der Sowjet-Union für die ganze Welt wächst.“

Da die russische Einkehr nur mit Exporten bezahlt werden kann, die russische Industrie aber durch die Einfuhrbeschränkungen in fast allen Ländern als Folge der Weltkrise fast eingestürzt ist, so geht die wirtschaftliche Forderung des zweiten Fünfjahresplans auf eine völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit der Sowjet-Union aus, die selbstverständlich nur auf dem Weg über eine langsam abgeleitete Einkehr erfolgen kann. Ungeachtet aller widersprüchlichen Widersprüche des Inhalts ist aber doch das Schlagwort von der vollkommenen Wirtschaftlichen Selbstständigkeit für die nächsten Jahre. Die Thesen meinen dazu: „Die Sowjet-Union ringt sich mit dem zweiten Fünfjahresplan in technischer Beziehung an die erste Stelle Europas empor. Die unter

dem ersten Plan begonnene Arbeit, die Sowjet-Union aus einem rückständigen und Apparaturen einflussenden Land in einen Staat zu verwandeln, der diese Arbeit selbst produziert, wird im zweiten Plan vollendet werden und führt der Sowjet-Union endgültige wirtschaftliche Selbstständigkeit.“

Neben diesen schönen Versprechungen enthalten die Richtlinien aber auch Hinweise auf die brennenden Alltagsprobleme, an deren Lösung der russischen Bevölkerung wohl am unmittelbarsten gelegen ist. So enthält die Konferenz, damit ein, daß die Versorgung mit Benzin für den landwirtschaftlichen Gebrauchsmotoren und mit Lebensmitteln 1937, am Ende des zweiten Plans, doppelt oder dreifach besser sein müsse als heute. Die Hoffnungen, denen man sich in Moskau vielfach hingeworfen hatte, daß die Lebensmittel-Rationierung am Ende des ersten Fünfjahresplans aufhören werde, mußten vorerst noch enttäuscht werden. „Die größte Enttäuschung des Warenmangels“, heißt es in den Richtlinien, „ist die Versorgung für eine geborene Versorgung der Arbeiter mit Industrie- und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Erst dann könne das Normierungsproblem abgeändert werden und ein System der zentralisierten Verteilung geschaffen werden.“

Die vier Schwermaschinen des Fünfjahresplans, die hinter ihren Rücken zurückgelassenen Wirtschaftswirtschafts-Grube — Rohle — Eisenbahn — Maschinenbau, finden keine Erwähnung. Auf ihre Bedeutung für die sowjetrussische Gesamtwirtschaft im Verein mit dem Ueberangebot von billigen ausgebildeten Spezialarbeitern aus künftigen kapitalistischen Ländern in Rußland werden wir bald ausführlich zurückkommen. W. St.

Brüning's Antwort an Hitler abgelehnt

Die Antwort des Reichsministers auf die aggressive Denkschrift Adolf Hitler's zur Frage der parlamentarischen Reichspräsidentenwahl ist gestern noch München abgelehnt worden. Sie soll erst veröffentlicht werden, wenn sie in die Hände des Reichspräsidenten gelangt ist, also voraussichtlich am Sonntag früh.